Sorgenkind Sozialwesen

Bei der Rechnung des Departements Verkehr, Bau und Umwelt wird weniger über die Zahlen 2013 geredet als über brennende politische Themen wie Quecksilber, A9, R3, Schliessung Vispertaltunnel, Zugverbindungen oder Rail Check. Themen, die auch in der heutigen Fragestunde auf dem Programm stehen – dann will auch Staatsrat Jacques Melly antworten. Bei der Dienststelle für Gesundheit, Soziales und Kultur gibt es von bürgerlicher Seite vor allem heftige Reaktionen wegen des massiven Wachstums bei der Sozialhilfe. Für Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten gibt es Erklärungen. Änderungen bei der IV oder dem Arbeitslosengesetz oder gestiegene Mietpreise können Gründe sein. Sie unterstützt eine von der FIKO angeregte Untersuchung.

Raum für Fliessgewässer

Dem Entwurf der Verordnung über die Bestimmung des Gewässerraumes bei grossen Fliessgewässern (Rotten und namentlich die Vièze, die Vispa und die Dranse auf ihren Abschnitten in der Ebene) erwächst Widerstand. Für Staatsrat Melly geht der Entwurf in die richtige Richtung. Mit 66 Ja gegen 45 Nein und vier Enthaltungen wird die Verordnung genehmigt.

WKB-Saläre

Für die Linksallianz verdient der Präsident der WKB-Generaldirektion zu viel. Jährlich sind es 617 000 Franken netto. Hinzu kommen noch über 300 000 Franken Sozial- und Vorsorgeabgaben. Der Präsident der Generaldirektion einer Bank mit Staatsgarantie verdient also dreimal so viel wie ein Staatsrat, der für die Verwaltung des gesamten Kantons zuständig ist. Staatsrat Maurice Tornay weist darauf hin, dass es einen politischen und den wirtschaftlichen Bereich gibt. Die Besoldung der WKB-Direktion war Gegenstand einer Studie. Im Vergleich sämtlicher Kantonalbanken (2008/09) zeigte sich, dass die Entlöhnung im Wallis unter dem Durchschnitt der Kantonalbanken liegt.

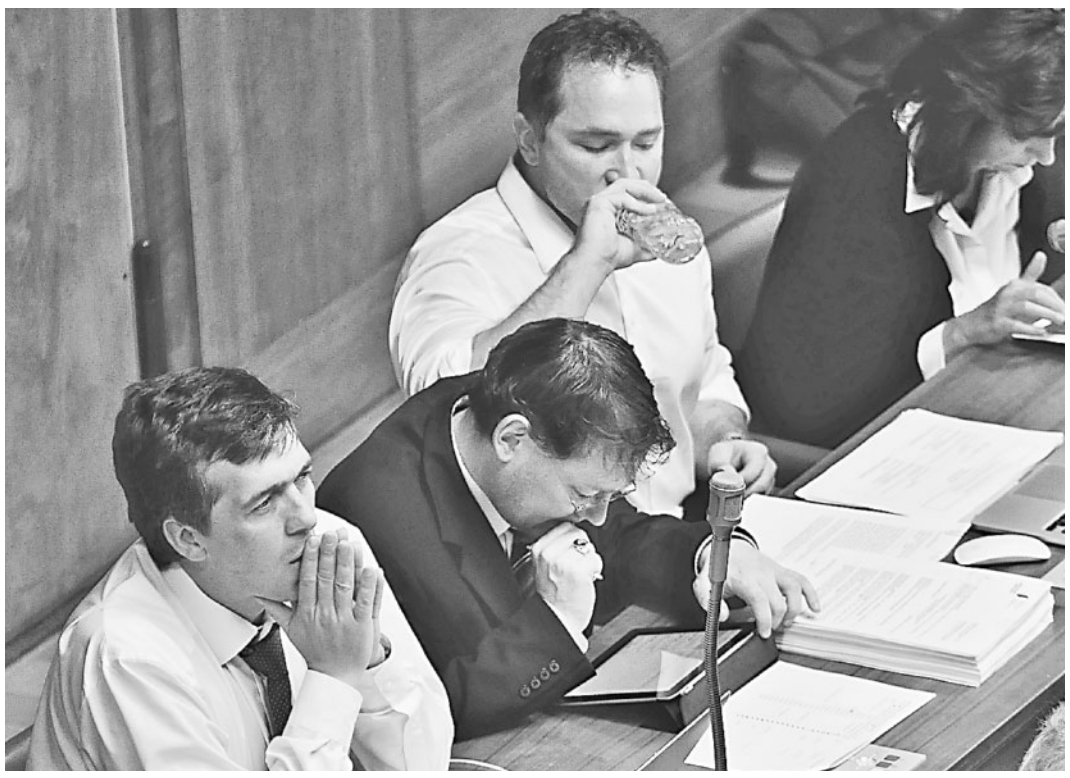
Drei Dutzend Vorstösse

Insgesamt 36 Motionen, Resolutionen, Postulate und Motionen wurden gestern entwickelt. Dabei gibt es einen bunten Mix. Es geht um Bären, Schlangen, belastete Standorte, Beschäftigungsdiskriminierung der Frauen, einen Adoptionsurlaub, Einrichtungen für «ausbüxende» Mädchen, Whistleblower, die Schaffung eines Chemieinspektorats, die Zweitwohnungsinitiative, die Anerkennung der Evolèner Rasse durch den Kanton Wallis – und um das Verfalldatum von Handschuhen im GNW… **hbi**

Grosser Rat | Lohnerhöhung für Staatsräte, aber keine Lebensrenten mehr

Wenn mehr weniger ist

SITTEN | Die berufliche Vorsorge für die Staatsräte wird neu geregelt. Die Linksallianz und die SVP-Fraktionen lehnen das Gesetz ab.



Unterlegen. Michael Graber (rechts) und die SVPO wehrten sich vergeblich gegen die Neuregelung der beruflichen Vorsorge der Magistraten. FOTO WB

Künftige Staatsräte, die ab dem 1. Januar 2015 gewählt werden, werden also mit deutlich höheren Gehältern in die Pensionskasse des Staates Wallis (PKWAL) eintreten, dagegen werden die Rentenansprüche gegenüber den jetzigen Rechten im Beitragsprimat erheblich gekürzt. Bei ihrem Eintritt müssen die künftigen Staatsräte ausserdem ihre Freizügigkeitsleistungen einbringen und die fehlenden Beitragsjahre gegebenenfalls einkaufen. Das Reglement sieht auch vor, dass ein Staatsrat, der vor Vollendung seines 58. Altersjahres nicht wiedergewählt wird, nach vier Dienstjahren einen sofortigen Rentenanspruch hat. Die pensionierten Magistraten sowie die amtierenden (und wiedergewählten) Staatsräte bleiben im alten System und behalten sämtliche wohlerworbenen Rechte. Die heutigen Lebensrenten für Staatsräte von rund 100 000 Franken werden also wegfallen.

Linke und SVP gegen FDP/Liberale und CVP

Letztlich wird die Diskussion über die berufliche Vorsorge der Staatsräte zu einer Diskussion über den Lohn des Staatsrates. Die Befürworter der Lösung «mehr Lohn und weniger Rente» setzen sich nach emotionalen Voten durch. Die nach dem 1. Januar 2015 zum ersten Mal gewählten Staatsräte werden eine jährliche Besoldung von 300 000 Franken beziehen. Der Präsident des Staatsrates bezieht eine jährliche Besoldung von 310 000 Franken. Marylène Volpi Fournier (Grüne) bekämpft das Gesetz und lehnt es ab. Die SVPO geht in eine ähnliche Richtung und verlangt den Status quo. Also keine Lohnerhöhung und eine Rente (und ein Rentensystem) wie bisher, wie es Michael Graber fordert. Die Staatsräte sollen laut Graber weiterhin eine jährliche Besoldung von 240 000 Franken erhalten. Graber unterliegt bei allen Änderungsvorschlägen. «Es wird also in Zukunft zwei Kategorien von Staatsräten geben», stellt er fest. Chancenlos ist auch Grabers Vorschlag, den Lohn des Staatskanzlers um etwa 10 000 Franken auf 210 000 Franken anzuheben.

Für Charles Clerc (SVPU) ist der Zeitpunkt nicht «opportun». Auch er ist für den Status quo. Auch Gaël Bourgeois (Linksallianz) will keine Lohnerhöhung. Das sei eine unnötige Kompensation für ein nicht mehr zeitgemässes Privileg: «300 000 Franken sind ungerechtfertigt und wären der höchste Lohn in einem Westschweizer Kanton. Wir stellen die Arbeit der Staatsräte nicht infrage. Aber auch alle andern Walliser tragen grosse Lasten. Alle müssen den Gürtel enger schnallen.» Xavier Mottet (FDP/Liberale) schlägt eine Lohnerhöhung auf 280 000 Franken vor. Man soll die Arbeit belohnen und nicht den Ruhestand. Die verschiedenen Vorschläge werden einander gegenübergestellt. Der Vorschlag der Kommission setzte sich dank der C-Fraktionen und der FDP/Liberalen durch.

Eine halbe Million Franken weniger

Ein Staatsrat (bei der Wahl 52 Jahre alt, verheiratet und acht Jahre Amtszeit) verdient heute in seiner Amtszeit nicht ganz zwei Millionen Franken. Dazu kommt nach dem Rücktritt (im Durchschnitt während 20 Jahren) eine Rente von drei Millionen Franken. Zukünftig bekommt der gleiche Staatsrat 2,4 Millionen Franken während der Amtszeit und während 20 Jahren eine Rente von zwei Millionen Franken. Insgesamt wären das dann also in etwa eine halbe Million Franken weniger, wie Kommissionspräsident Patrick Fournier (SVPU) vorrechnete.

Die Einschätzungen in der Schlussdebatte gehen weit auseinander. Während die «Verlierer» von einem «miserablen Signal» nach aussen oder einer «Verschlimmbesserung» reden, freuen sich die «Gewinner» über ein modernes Gesetz.

Mit 80 Ja gegen 23 Nein (SVP und Grüne) und 17 Enthaltungen (Linksallianz) wird das Gesetz angenommen. **hbi**

Die Krise in der Weinbranche

(Kurz) ist auch der Walliser Wein Thema. Die jüngsten Vorwürfe gegen ein Salgescher Unternehmen will Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten nicht kommentieren: «Aber ich kann Ihnen sagen, dass wir handeln müssen. Und zwar in jedem Departement – und nicht nur beim Kantonslabor.» Die Vorgänge in der Weinwirtschaft werden heute sicher intensiver debattiert.

Ein doppeltes Volksmehr?

Bei den Abstimmungen über Verfassungsrevisionen soll es ein doppeltes Mehr des Volkes und der Bezirke geben, verlangen die SVPU, die CVPU und die CVPO in einer Motion. Die Abstimmungsvorlagen gelten also nur dann als angenommen, wenn sie sowohl von der Mehrheit des Volkes als auch von der Mehrheit der Bezirke angenommen werden.
Die FDP/Liberalen wehren sich vehement gegen diesen neuen «Regionalismus». Auch die CVPM, die SVPO und die Linksallianz sind dagegen. Die Motion wird auch nach Umwandlung in ein Postulat bekämpft. Nach halbstündiger Diskussion (!) wird dieses mit 66 Ja gegen 49 Nein und zwei Enthaltungen angenommen.

Betreuungskosten streichen

Der Staat Wallis unterstützt das Personal des Staates Wallis mit maximal 50 Prozent an den Betreuungskosten der Kinder. Die FDP/Liberalen wollen dies mittels Motion ändern. In einer Zeit, in der die verschiedenen Departemente den Gürtel enger schnallen müssten, um das Budget auszugleichen, müssten diese Kosten, die sich die Privatwirtschaft nicht leisten kann, gestrichen werden. Sie wird mit 66 Ja gegen 49 Nein und vier Enthaltungen angenommen. **hbi**

Spital Wallis | Parlament debattiert Spital- und Gesundheitsbericht – ohne neue Erkenntnisse

Mehr Ruhe als gemeinsames Ziel

SITTEN | Der Bericht des Spital Wallis wird erstaunlich sachlich diskutiert. Es gibt sogar Lob für die Staatsrätin.

Weniger Gegenwind. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten hatte vor dem Parlament beim Thema Spital für einmal leichtes Spiel. FOTO WB

Vielleicht sorg(t)en auch die Hitze und die stickige Luft für wenig(er) Emotionen… Jasmine Ballay (FDP/Liberale) hofft, dass es endlich ernst gilt und die Mängel behoben werden. 2014 soll zu einem Wendejahr werden. Für Géraldine Marchand-Balet (CVPM) herrscht eine permanente Krise. Es braucht viel, um das Vertrauen wieder herzustellen. Das Spital darf aber nicht weiter destabilisiert werden. Es muss eine Konsolidierung geben: «Die Schlussfolgerungen der PUK müssen wir zur Kenntnis nehmen – und uns dann zurückziehen.»

Zu viele ausländische Ärzte?

Irmina Imesch-Studer (CSPO) will wissen, wieso man sich für einen einzigen Spitalstandort im Oberwallis ausgesprochen hat. Sie spricht die Kommunikationsmängel an. Frédéric Ecœur (CVPU) hegt grosse Hoffnungen in die Spital-PUK. Bruno Perroud (SVPU) kritisiert scharf die Entlassungen. Walliser Ärzte würden durch ausländische Ärzte ersetzt, weil diese ihren Dienst kritiklos ausübten: «Kein griechischer Arzt wehrt sich, weil er nicht gerne in seine Heimat geht.» Es gibt auch zu wenig Platz für junge Leute, die einen Ausbildungsplatz wollen. Für Philipp Matthias Bregy (CVPO) trägt das Spitalzentrum Oberwallis wesentlich zum finanziellen Erfolg des Spital Wallis bei. Das Personal im Spital Wallis leistet gute Arbeit: «Ein starkes Spital braucht aber auch Ruhe.»

Alle wollen ein gutes Spital

Grundsätzlich zeigt sich Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten erfreut, dass alle Rednerinnen und Redner ein gutes Spital wollen. Es braucht natürlich Ruhe, aber auch Zeit. Sie warnt, dass 2014 vor allem finanziell noch schwieriger werden könnte, auch wegen der vorläufigen Sistierung der hoch spezialisierten Medizin. Wie es in der hoch spezialisierten Medizin weitergeht, ist offen. Bei der Wahl für den Spitalstandort Oberwallis hat man sich aus finanziellen Gründen für die zweitbeste Variante entschieden. Ein Standort ist für alle einfacher, hat der Oggier-Bericht ergeben. Diesen Bericht kritisiert Patrick Hildbrand (SVPO) scharf. Er will auch keine exklusiven Vereinbarungen des Spital Wallis. Für Hildbrand ist der PUK-Bericht, der im Herbst vorliegen sollte, sehr wichtig. Er kritisiert, dass im Spitalzentrum Mittelwallis erneut viele Zusatzstellen geschaffen wurden. Kommissionspräsident André Vernay freut sich über die Präsenz von Generaldirektor Eric Bonvin und Interims-VR-Präsident Hildebrand de Riedmatten auf der Tribüne. Als er dies sagt – sind beide schon wieder weg… **hbi**